

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

14.11.1919 (No. 267)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptchrift-
leiter
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
S. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Postgeld 6 A 90 P. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 35 P. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausfall von Maschinen, Betriebsstörungen im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Wiederaufnahme des Personenverkehrs in Baden.

Die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen teilt mit: Am Montag den 17. November wird auf den deutschen Eisenbahnen der allgemeine Personenverkehr wieder aufgenommen. Mit Rücksicht auf die Verkehrsnot und die Schwierigkeiten in der Kohlen- und Holzversorgung hat die Reichsregierung angeordnet, daß bis auf weiteres für den Personenverkehr nur die im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Züge gefahren werden; eine größere Anzahl von Zügen, die bis zum 5. November regelmäßig verkehrten, muß deshalb bis auf weiteres ausfallen. Außerdem müssen zur Ermöglichung der glatten Durchführung der Schnellzüge und mit Rücksicht auf die schlechte Beschaffenheit der Brennstoffe bei den wenigen noch verbleibenden Schnellzügen einige Halte auf Zwischenstationen aufgehoben werden. Da gleichzeitig am 17. November die Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben im allgemeinen auf die Stunden zwischen 8 Uhr vormittags und 5 Uhr nachmittags verlegt werden soll, wurden zahlreiche Fahrplanänderungen notwendig die aus dem Ausgangsplan, der neu herausgegeben wird, ersehen werden können. Um einen allzu starken Andrang bei den Zügen zu vermeiden, müssen während der Zeit der Zugseinschränkung alle nicht unbedingt notwendigen Reisen unterbleiben; mit Zurückbleiben von Reisenden muß gerechnet werden. An Sonn- und Feiertagen bleibt der allgemeine Personenverkehr in seitherigem Umfang bis auf weiteres eingestellt.

Beendigung der Personenverkehrssperre.

Die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen teilt ferner mit: Mit der Wiederaufnahme des allgemeinen Personenverkehrs am 17. d. M. treten sämtliche Beschränkungen in der Benutzung der Züge außer Kraft. Die für die 46. Woche vom 17. bis 23. November nötige Wochenkarte kann schon von Freitag den 14. d. M. ab von jedermann ohne weiteres gelöst werden. Es empfiehlt sich, die erteilten Ausweise zwecks Wiederverwendung bei sich etwa wiederholenden Verkehrsperren aufzubewahren.

Die Beschränkung im Expressgutverkehr auf 50 Kilogramm Höchstgewicht für eine Sendung bleibt auch fernerhin bestehen.

Die Nichtbeachtung des Rauchverbots in den Eisenbahnzügen.

Es wird lebhaft über die Nichtbeachtung des Rauchverbots in den Nichtraucherabteilen der Züge und in den Wartezimmern der Stationen geklagt. Die Generaldirektion hat ihr Personal angewiesen, die genaue Beachtung des Rauchverbots streng zu überwachen. Gegen Reisende, die vom Bahnpersonal auf das Rauchverbot aufmerksam gemacht, das Rauchen nicht sofort unterlassen oder sich nicht aus den Nichtraucherabteilen oder den Wartezimmern entfernen, müssen künftig empfindliche Bußgeldstrafen erkannt werden.

Die Entlohnung der Gemeindebeamten.

Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter ersucht, bezüglich der Lage der derzeitigen Beschäftigung möglichst auf eine den Verhältnissen entsprechende Entlohnung der Beamten und Angestellten der Gemeinden hinzuwirken. Während eine Reihe von Gemeinden, darunter besonders auch die großen Städte, ihren sozialen Pflichten in vorbildlicher Weise nachkommen, bringt ein anderer Teil, besonders kleinere Gemeinden, diesen Pflichten bedauerlicher Weise nur ein geringes Verständnis entgegen. Soweit es sich um Gemeinden handelt, deren Finanzverhältnisse gespannt sind, ist ein solches Verhalten noch zu verstehen; aber auch Gemeinden, deren gesamte wirtschaftliche Lage günstig und deren Löhne verhältnismäßig gering sind, üben vielfach auf diesem Gebiet eine große nicht zu rechtfertigende Zurückhaltung. Dabei kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gemeinden selbst das allergrößte Interesse daran haben, ihren Beamtenstand leistungsfähig, arbeitsfreudig und unabhängig von Nebenberufen zu erhalten. Daß ein ungenügend bezahlter Beamtenstand auch leichter der Befriedigung der Bevölkerung unterliegt und zum Nachteil der Gemeinde und ihrer Einwohner dauernd verhorben wird, unterliegt ebenfalls keinem Zweifel. An dieser Frage ist auch der Staat auf das Lebhafteste interessiert. Nach der ganzen Sachlage ist es verständlich, daß in den Kreisen der beteiligten Gemeindebeamten, aber auch außerhalb dieser Kreise, vielfach die Auffassung vertreten wird, die Selbstverwaltung der Gemeinden habe auf diesem Gebiet großen Teils verlagert, und daraus die Forderung abgeleitet wird, in der neuen Gemeindegesetzgebung den Staatsaufsichtsbeförden ein Mitwirkungsrecht hinsichtlich Festsetzung der Entlohnung der Beamten und Angestellten der Gemeinden zu geben. Wir verweisen dabei auf die Tatsache, daß schon im Jahre 1918 die damalige Volksvertretung diesen Bestrebungen nicht unfeindlich gegenüberstand; der derzeitige Landtag dürfte, wenn ihm ernsthafte Mühsal zur Kenntnis gebracht werden, gegenüber unsozialem Verhalten öffentlicher Verbände ebensowenig Rücksicht üben. Die Gemeinden sind deshalb, soweit nötig, allen Ernstes darauf hinzuwirken, daß sie durch Nichterfüllung ihrer sozialen Pflichten den Beamten, Angestellten und Arbeitern gegenüber die Freiheit der Selbstverwaltung, die sie als ihr höchstes Gut schätzen müßten und die wir ihnen erhalten wollen, ernstlich gefährden würden.

Der Untersuchungsausschuß und das deutsche Volk.

Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, der die sonst dem Untersuchungsrichter zustehende Aufgabe hat, durch Vernehmung der Verdächtigen und der Zeugen die Grundlage für eine eventuelle Anklage zu schaffen, nehmen je mehr und mehr einen Verlauf, der weite Kreise unseres Volkes mit tiefem Unmut erfüllen muß.

Wir haben es von vornherein als sonderbar empfunden, daß man zum Vorsitzenden einen Vertreter der deutsch-nationalen (konservativen) Partei machte, einen Vertreter also jener Partei, die für die Sünden und Vergehungen des alten Systems in erster Linie mit verantwortlich ist. Schon bei der Lesart der ausführlichen Zeitungsberichte über die Vernehmung des Grafen Bernstorff, wurde uns klar, daß dieser Vorsitzende, Herr Bar m u t h, sein Amt nicht unparteiisch ausübt, sondern daß er systematisch bemüht ist, durch die ganze Handhabung seines Amtes, durch Zwischenfragen und Insinuationen die Verteidigung der Staatsmänner a. D. zu erleichtern.

Den zu vernehmenden Zeugen den nötigen Respekt vor der Würde dieses Ausschusses beizubringen, ist ihm gleichfalls nicht gelungen. Bethmann-Hollweg und Zimmermann haben sich ein Auftreten und eine Sprache gestattet, die die Ehre zur Schulfarbe machte, zur Schulfarbe, in der die eben genannten Herren die Schulmeister und der Untersuchungsausschuß die Schüler darstellen. Die Tatsache der parteiischen Leitung der Untersuchung wird unter anderem auch von der „Badischen Landeszeitung“ festgenagelt. Das genannte Blatt, dem eine Unimotivität gegen die Männer des alten Systems nicht nachzusagen ist, schreibt in seiner Nr. 520 vom gestrigen Tage, „der Vorsitzende, der aus seiner konservativen Haut nicht heraus könne, schein vor allem an der Verteidigung der alten Zeit und der verschundenen Größen ein Interesse zu haben.“ Dieses Urteil trifft den Nagel auf den Kopf.

Wenn demgegenüber einzelne Mitglieder des Untersuchungsausschusses, so vor allem die Abgeordneten Dr. Cohn und Dr. Singheimer durch allerlei, unserer Meinung nach nicht unberechtigte Zwischenfragen auf gründerische Klärung der Punkte dringen, so entspricht ein solches Tun sicherlich nur den Wünschen aller der Teile des Volkes, die von den Verhandlungen eine wirkliche Klärung erwarten. Und geradezu unglaublich ist es, wenn die Staatsmänner, die doch in erster Linie an unserem Zusammenbruch schuld sind, es wagen dürfen, mit Kühn erhobenen Haupte und mit Worten zorniger Geringschätzung diesen Abgeordneten die Leuten zu lesen. Das ist eine völlige Umkehrung der Begriffe.

Die Staatsmänner, die vor dem Untersuchungsausschuß sich eines so arroganten Benehmens befleißigen, sollten sich wahrlich daran erinnern, daß die Revolution mit ihnen doch sehr glimpflich verfahren ist. Alle die Männer, die heute am heftigsten über die Revolution und über die Parteien, die die Revolution aus der Gewaltsamkeit wieder in das Fahrwasser der Ordnung hinarbeiteten, schimpfen und zetern, sollten nicht vergessen, daß sie es gerade diese Parteien zu verdanken haben, wenn sie heute überhaupt noch den Mund so weit aufsperrten dürfen. Daß zumal einzelne alldeutsche Sä h n e heute wieder so laut krähen dürfen, das verdanken sie lediglich dem unblutigen Verlauf der Revolution, der Langmut und Milde unseres Volkes, der Ordnungsbeflissenheit der Regierungsparteien. Hätte die Sozialdemokratie sich in jenen Tagen des November der Zügel nicht bemächtigt, hätte sie nicht besänftigend auf unser Volk eingewirkt, so wäre damals sicherlich manch einer dieser Sä h n e für immer verstummt. Verfroren hatten sie sich ja damals alle. Um so widerwärtiger berührt jetzt ihr Geschrei.

Es ist für alle Deutschen ein bet r i b e n d e s S c h a u s p i e l, wenn sie sehen müssen, daß die Männer, die uns in den Abgrund hineingeritten haben, nicht einmal den selbstverständlichen Last aufbringen, an ihre Verteidigung in ruhiger und angemessener Form zu führen. Wir wissen ja heute bereits aus den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses und bekommen es täglich von neuem bestätigt, daß die leitenden Persönlichkeiten der damaligen Regierung von einer geradezu str ä f l i c h e n U n f ä h i g k e i t besessen waren und sich daran gewöhnt

hatten, durch Vorspiegelung falscher Tatsachen immer neue, nutzlose Opfer aus unserem Volke herauszupressen. Die Vernehmung des Admirals von Capelle a. D. hat uns von neuem einen Einblick in die Geschäftsführung der damaligen Zeit gestattet, der einfach schauerhaft ist. Um ja nicht in den Verdacht zu kommen, daß wir die Dinge einseitig beurteilen könnten, geben wir hier der bereits oben zitierten „Badischen Landeszeitung“ das Wort, die unter der Überschrift „Das schlafende Reichsmarineamt“ folgendes schreibt:

„Man vergegenwärtige sich nur noch einmal die Lage von 1916. Nachdem der Kronrat vom 4. März den verschärften U-Bootkrieg abgelehnt hatte und Tirpitz deswegen gegangen war, setzte der Drang nach dem Kriegsmittel, das die einzige Rettung sein sollte, sehr bald mit erneuter Kraft wieder ein. Zu Anfang Oktober gab selbst Herr v. Bethmann der Obersten Seeresleitung zu, daß die Gründe für und wider den U-Bootkrieg sich ausgleichen könnten, und um die Jahreswende entschloß er sich mehr und mehr zum Nachgeben. Aber gebaut wurde nicht, wenigstens nicht in dem Umfang, wie man hätte bauen können und müssen. Ganz stolz erklärte der Unglückskanzler, daß dies durchaus in seinem Sinn gewesen sei und daß er es nicht für nötig gehalten habe, die Eingaben, die auf die Unterlassungsfünde hinwiesen, dem Marineamt zu übermitteln. Dieses Amt aber ließ es sich natürlich vollkommen falsch, wenn v. Capelle sagt, er habe nicht Politik auf eigene Faust treiben dürfen. Nein! Aber es war seine Pflicht, den verschärften U-Bootkrieg, den jedermann kommen sah, durch Beschaffung möglichst vieler U-Boote vorzubereiten, und dem Reichskanzler vorzustellen, wie lange der Bau dauerte und wie früh man anfangen mußte, um mit Aussicht auf Erfolg den Entschluß zu wagen. Es ist fast ungeheuerlich, aber es wird immer klarer, daß wir den U-Bootkrieg 1917 mit mindestens der doppelten Zahl der U-Boote hätten führen und wahrscheinlich gewinnen können (? Red. der „Karlsru. Ztg.“) wenn Tirpitz und Capelle sich von Kriegsbeginn an mit voller Entschlußkraft auf den U-Bootkrieg geworfen hätten. Mit äußerster Verzweiflung haben U-Booffiziere und Techniker hierum gerungen und den Kieler Abgeordneten Dr. Strube zu ihrem Vertrauten gemacht. Der wurde von den Behörden verfolgt und von ihrem Anhang verlacht, hat aber, wie sich heute herausstellt, in allem wesentlichen recht behalten. Als Lohn dafür mußte er sich von einem der Hauptschuldigen, dem Kapitän Brüninghaus vorhalten lassen, daß sein Material von „Landesverrätern“ stammte. Das ist offenkundiger Unfug, von Landesverrat zu sprechen, wo es sich nur um das Antreiben der eigenen Behörden zu nationaler Tat handelte und von einem Verrater an den Feind überhaupt nicht die Rede sein kann. Die Offiziere und Ingenieure, die gegen die Vorschrift über das Dienstgeheimnis in diesem Fall verstößen haben, sind doch wohl nüchlichere Glieder des Reichs gewesen als das schlafende Reichsmarineamt.“

Wir vermögen die unglaubliche Leichtfertigkeit des Reichsmarineamtes und die Art und Weise, wie die Schuldigen sich jetzt zu verteidigen belieben, nicht besser zu kennzeichnen, als es hier in einem Blatte geschieht, das sich „Organ des national und freiheitlich gesinnten Bürgertums“ nennt und über den Verdacht einer ungerechten Stellungnahme der alten Bureaucratie gegenüber erhaben ist.

Was die Vernehmung des Reichskanzlers a. D. von Bethmann-Hollweg betrifft, so bot sie für unseren Geschmach den trügerlichsten Anblick, den man sich nur denken kann. Dieser Mann hat 8 Jahre das höchste Amt im Reich bekleidet, er war der eigentliche Kriegskanzler. Er sollte also am besten und genauesten über die wichtigen Entwürfe, Pläne, Entscheidungen und Entschlüsse der damaligen Zeit unterrichtet sein. Was aber geschah, wenn er gefragt wurde? Er weiß von nichts, er will erst in den Akten nachsehen lassen, er kann sich nicht erinnern und er verbittet sich schließlich weitere Fragen. Das ist sicherlich die bequemste Methode der Verteidigung. Das Volk aber, das draußen steht und des Ergebnisses der Verhandlungen harret und die Tränen kaum zurückhalten kann vor Zorn und Empörung über den durch Leichtfertigkeit verschuldeten Zusammenbruch unseres stolzen Vaterlandes, dieses Volk wird wissen, was es von jener Methode zu halten hat.

Und nun ist der Herr Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich dran. Der bedeutendste staatsmännliche Jongleur der Neuzeit, der Mann, der in der Lage ist, mit seiner kunstvollen Dialektik auch Geschicktere hineinzulegen. Der Mann des U-Bootkrieges, der Mann der unheilvollen Finanzpolitik! Wir brauchen uns nicht lange bei seiner Bernehmung aufzuhalten. Die wichtigsten Bernehmungen werden sowieso erst in nächster Woche erfolgen, die Hindenburgs und Ludendorffs.

Graf Schlieffen und sein Plan.

In der nächsten Nummer der „Weltbühne“ beginnt ein höherer Stabsoffizier, der vor dem Kriege im Großen Hauptquartier mitgemacht hat, Veröffentlichungen, die besonderes Interesse beanspruchen. Aus dem Einleitungsartikel geben wir folgende Bruchstücke wieder:

Unter Scharnhorsts Nachfolger war, abgesehen von dem großen Moltke, Graf Schlieffen sichtlich der bedeutendste. Ein hochgebildeter Mann von selbständiger Selbsterziehung und außerordentlichem Scharfsinn, stand er weit über dem Durchschnitt der Generale. Er war der Typus des gebildeten Weltmannes, ein Typ, der leider in Deutschland so selten ist, dabei von eisernem Fleiß und von einer Klarheit des Verstandes, die ihn sofort das Wesentliche erfassen ließ. Selbst in seinen letzten Jahren, wo er manchmal beim Vortrag einnickte, war der Befehlant am Schluß erkrankt, daß der alte Herr doch alles richtig verstanden hatte — und wehe dem, der etwa versucht hätte, den Vortrag vor dem anscheinend schlafenden General abzukürzen. Man pflegte damals zu sagen: Schlieffen sei im Schlafen immer noch klüger als die Andern im Wachen.

Schlieffen war eine durchaus aristokratische Erscheinung, groß und schlank. Das Monokel im Auge, verleugnete er den alten Garde-Kavalleristen nicht, und manches Mal passierte es, daß Offiziere, die ihn nicht kannten, ihn für eine Simplizissimus-Figur hielten und sich über seine raffige Nonchalance lustig machten. Er war sich durchaus klar über des Kaisers absolute militärische Unfähigkeit und über den schädlichen Einfluß eines obersten Kriegsherrn, der nur das dekorative Element beim Militär schätzte. Über Schlieffen drückte ein Auge zu vor den dilettantischen Soldatenspielereien des Kaisers und beschränkte sich darauf, seinen Generalstab auszubilden. Damals war es im Generalstab üblich, mit einer gewissen milden Ironie über die Übungen und Besichtigungen zu sprechen, die in Döberitz und auf dem Tempelhofer Felde vor dem Kaiser stattfanden und die man als „Hoffestlichkeiten“ bezeichnete. Auf der Kriegsakademie wurden die jungen Offiziere von den Taktik-Lehrern spöttisch gewarnt, ja nicht etwa bei diesen Übungen etwas lernen zu wollen. Der Generalstab war eben durchaus modern, machte aber Konzessionen an die „altpreussischen Traditionen“, deren Verfechter sich gern hinter den Kaiser stellten. Der Marsch im Tritt, zum Beispiel, beanspruchte eine Ausbildungszeit, die in keinem Verhältnis zu seinem Nutzen stand. Das hatte der Generalstab längst eingesehen, aber er konnte sich nicht durchsetzen gegen den Geist von Potsdam, der im Paradezug die Krönung der Ausbildung sah. „Nur die Schweine gehen ohne Paradezug nach Hause“, sagte einmal der kommandierende General des Gardekorps. Man gab schon immer dem Gardekorps als kommandierende solche Generale, die gleichzeitig Hofleute waren. Als einmal aus Versehen, sozusagen, ein geistig wirklich höchstehender General das Gardekorps besah, der General v. Bod und Polach, dauerte es nur wenige Monate, und er mußte schleunigst fort, nach Karlsruhe. Er konnte nicht mit dem Kaiser arbeiten, der denkende, unabhängige Männer nicht in seiner Nähe vertragen.

In den Aufgaben des Generalstabes gehörte auch die Vorbereitung des Aufmarsches im Falle der Mobilmachung, und da ist Schlieffen der Vater des Gedankens vom Aufmarsch in Belgien, dessen Vorbedingung der sofortige Fall von Lüttich war. Die Festung mußte durch Handstreich fallen, sie mußte erobert sein, bevor das Gelände zwischen den Forts ausgebaut mit Drahtgittern versehen und „raffiert“ war. Dieser „Handstreich auf Lüttich“ war daher ein dankbares Thema, das jedes Jahr neu bearbeitet wurde. Ob 1914 auch Schlieffen durch Belgien marschiert wäre, ist eine Frage für sich. Er mußte jedoch als Generalstabschef alle Vorbereitungen so treffen, daß ein glücklicher Anfang des Krieges gewährleistet war. Neutralitätsverletzungen sind ein fremdes Ressort; es wäre Sache des leitenden Staatsmannes gewesen, da ein Veto einzulegen. Ebensoviele kann man dem Generalstabschef verdenken, daß er extreme Friedensbedingungen verteilte. Doch

forderte als Grenze das linke Rheinufer, und jeder Feldherr wird seine Forderungen so stellen, als ob der nächste Feldzug in wenigen Wochen beginnen könnte. Der Soldat ist daher immer ein schlechter Politiker und muß von einem klaren Staatsmann im Zaum gehalten werden. Daß der uns seit Bismarcks Abgang gefehlt hat, ist uns in diesem Krieg zum Verhängnis geworden.

Im Osten war Schlieffen zunächst für die Defensseite. Der allmähliche Rückzug bis zur Weichsel sollte von ihm vorgesehen sein. Die dem Plan lag wohl die Erwartung zugrunde, der Aufmarsch der russischen Armee werde so lange dauern, daß die großen Entscheidungen im Westen gefallen sein würden, bis das Gros der russischen Heere angriffsbereit wäre. Dazu mußte es aber im Westen schnell gehen, und das war, nachdem die Franzosen ihre Grenzbesetzungen gegen Deutschland sehr stark ausgebaut hatten, nur zu erreichen durch überraschenden Einbruch in das ungeschützte Belgien. Schlieffens Plan ist von überzeugender Einfachheit: aber er war, was immer vergessen wird, ein Plan, ein Entwurf, von dem wir nicht wissen, wie er im Ernstfall ausgeführt und durchgeführt worden wäre.

Die taktisch-strategischen Aufgaben, die Schlieffen dem Generalstabsoffizieren stellte, waren hochinteressant und von modernem strategischen Geist getragen. In seiner Großzügigkeit drückte er schon dem Oberleutnant auf dem Papier ein paar Armeekorps in die Hand. Unter Schlieffen bildete der Generalstab, mehrfach geteilt, eine Klasse für sich und hielt sich auch von Nepotismus und zu offenkundiger Bevorzugung des Adels im allgemeinen frei. Der tüchtige Mann kam meist in die Höhe, wenngleich eine gewisse Gefährlichkeit keineswegs schädlich war, was dazu führte, daß in der Front der Kamerad mit dem himmelblauen Hosen als „Schlieffenjüngling“ und hinterlistig vertrieben war. Bedeutende Männer, wie der Graf von Bardenburg, der Militärattaché in v. Freytag, v. Borringhoben und anderer, sind aus dem Generalstab hervorgegangen. Rein als Organisation betrachtet, war er eine musterhafte Einrichtung. Mit Recht hat ein ausländischer Schriftsteller als die drei gewaltigsten Organisationen der modernen Geschichte den Vatikan, das englische Parlament und den deutschen Generalstab bezeichnet.

Politische Neuigkeiten.

Französische Besetzungen am Rhein.

Auf seiner Rückfahrt von Straßburg nach Paris hat Clemenceau wie die Straßburger Blätter berichten, in Zabern Station gemacht. Er hielt hier eine Ansprache an die Gemeindevorstellung und ging auf die Ursachen des Weltkrieges näher ein, für welche der den deutschen Kaiser verantwortlich machte. Der Ministerpräsident erklärte u. a., um das Elend diesmal zu sichern, werde der Kaiser eine Milliardenvorlage für den Bau von Besetzungen am Rhein zugehen. Weiter wird aus Reht berichtet: Wie die Straßburger Blätter melden, besichtigte Clemenceau bei seinem Aufenthalt in Straßburg, besichtigte die Forts des Reichs Brückenspostens und die Außenbesetzungen von Straßburg; er erklärte dabei, zur Sicherung für künftige Zeiten müsse Straßburg nach Reht die größte und widerstandsfähigste französische Festung werden. Der Ausbau der Festung werde unverzüglich nach Bewilligung von Krediten durch die Kammer in Angriff genommen.

Kleine Nachrichten.

Hindenburg ist auf Anordnung des Obersten Reinhardt mit militärischen Ehren empfangen, in Berlin eingetroffen, um vor dem Untersuchungsausschuß seine Aussagen abzugeben. Wie der Vertreter einer auswärtigen Zeitung meldet, hat Hindenburg geäußert, er verstehe die in der Öffentlichkeit zutage getretene Beurteilung des Generals Ludendorff schon deshalb nicht, weil nicht General Ludendorff, sondern er selbst ganz allein die ganze Verantwortung für die militärischen Entscheidungen getroffen habe. Er könne nur sagen, daß nicht eine einzige Entscheidung, wenn er sie unter den gleichen Verhältnissen noch einmal zu fällen hätte, anders ausfallen würde, als sie tatsächlich ausgefallen sei. Gewiß sei der Krieg schwer gewesen; er wäre jedoch bei Anspannung aller Kräfte zu einem günstigen Ende geführt worden. Warum der Krieg verloren ging, werde die Geschichte einwandfrei feststellen. Aber die Zukunft Deutschlands wolle er sich nicht aussprechen. Er glaube aber, daß Deutschland trotz allem wieder emporkommen werde, wenn die Selbstzerfleischung aufhöre; wenn Arbeit und Ord-

nung, wenn nationales Empfinden wiederkehren, dann wissen wir uns von der Katastrophe erholen.

Kampfanlage der Unabhängigen und Kommunisten gegen die Gewerkschaften. Eine Bollversammlung der unabhängigen und kommunistischen Arbeitervereine und Betriebsfunktionäre Groß-Berlins richtete eine radikale Kampfanlage an die Gewerkschaften.

Trauerfeier für Haase. Im Plenarversammlungssaal des Reichstages fand gestern vormittag die Feier der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für ihren verstorbenen Führer, Dr. Hugo Haase, statt. Vom Vizepräsidenten Löbe wurde dabei ein Kranz der Nationalversammlung mit schwarz, rot-goldener Schleife neben der Urne niedergelegt. Der Saal und die Tribünen waren von einer dichten Menschenmenge besetzt.

Gegen die rheinischen Sonderbestrebungen. Die Unterschriftensammlung für die Rheinische Republik, die von dem Dortmunder Konjunkturverbande veranstaltet wurde, hat eine Gegenbewegung auf den Plan gerufen. Im Kreise Wiesbaden wurden in kurzer Zeit einige Hunderttausend Stimmen für die nachstehende Erklärung ausgedrückt: „Wir sprechen uns gegen die Gründung einer Rheinischen Republik aus. Wir verlangen unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches.“

Das Ausschleiden der Truppen im Baltikum. Das Seeres-berordnungsblatt bringt einen Erlaß des Reichswehrministers, der die im Baltikum verbliebenen namentlich aufgeführten Formationen als aus dem Verbande des deutschen Heeres ausgeschleiden bezeichnet und die Dienststellen und Befehlsstellen, feinerlei Anforderungen dieser Truppen auszuführen.

Auf der Konferenz der Randstaaten nahmen Estland, Lettland und Litauen ein gemeinsames Programm über die Behandlung der Frage des Friedens mit Rußland an. Offizielle Begrüßungen fanden zwischen den baltischen Staaten Litauen, Polen, Ukraine und Weiß-Rußland statt. Der Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland wurde auf den 15. November festgesetzt. — Zwischen der baltischen Älteste und Jamburg greifen die Volkshewiten mit großer Heftigkeit an.

Die Volkshewiten greifen nach einer W.-L.-Meldung aus Helsingfors auch Süd-Jamburg auf der ganzen Front heftig an.

Die internationale Arbeiterkonferenz in Washington hat in ihrer Sitzung vom Montag die Debatte betreffend den 15. August Kundentag und die 48 Stundenwoche beschlossen. Die Frage wurde einer Kommission von 15 Mitgliedern übertragen, die einen Bericht ausarbeiten soll. Die Konferenz vertagte ihre Arbeiten anlässlich des Jahrestages des Waffenstillstandes.

Der Papst an die amerikanischen Katholiken. Anlässlich der Jahresversammlung des Zentralverbandes katholischer deutscher Gesellschaften in Chicago richtete der Papst laut „Germania“ an den Erzbischof von Chicago ein Schreiben, worin er die deutschen Katholiken von Chicago und Amerika überaus dringend ermahnt, an der Völkerveröhnung mitzuarbeiten. Gleichzeitig bittet er sie unter Hinweis auf die mißlichen Verhältnisse, unter denen die Brüder in Deutschland leben müßten, ihnen tätigen Beistand zu leisten, vor allem durch beschleunigte Wiederaufnahme des Handels.

Der brasilianische Senat hat den Vertrag von Versailles genehmigt. Der Vertrag wurde hierauf vom Präsidenten Tessem unterzeichnet.

Badische Webersicht.

Zur Vermittlung beim Streik der Angestellten der Mannheimer Metallindustrie.

Der unter dieser Überschrift im amtlichen Erscheinen der gestrigen Nummer der „Karlsruher Zeitung“ erschienenen Meldung ist ergänzend nachzutragen, daß der Mannheimer Korrespondent des Karlsruher Blattes, als er die Vermittlungstätigkeit des Regierungsvertreters Dr. Nigmann einer Kritik unterzog, nicht eine eigene Meinung wiedergab, sondern lediglich niedergeschrieben hatte, was in einer Versammlung der Streikenden zum Ausdruck gebracht worden war.

Badischer Landtag.

oc. Auf der Tagesordnung des am nächsten Mittwoch den 19. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, zusammenzutretenden badischen Landtags steht u. a. die Besprechung der von den Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten

Zwischen Kunst und Kitsch.

Kino-Gedanken von Willi Scheller.

In einer Zeit, wo die nationale Kultur von Grund auf erneuert werden muß, um dem Dasein in seiner Totalität wieder ein festes Gefüge zu geben, ist es vollends zwecklos, ja verwerflich, die Augen vor einer Tatsache zu verschließen, die zwar vielen beklagenswert erscheint und mehr als das, gleichwohl aber nicht mehr befechtigt werden kann: kein Phänomen des öffentlichen Lebens genießt solche Volkstümlichkeit wie das Kino, und keine Vorführung im Kino wirkt so intensiv auf die Masse, wie der dramatische Film. Sport, Zirkus, Variété, Operettentheater, ja selbst die Schundliteratur, sind nicht so populär. In der ganzen Kulturgeschichte gibt es nur einen Vergleich mit der Massenwirkung des Kinos: Das antike Theater. Und eine genauere Betrachtung dieses Vergleiches erhärtet unweigerlich seine Berechtigung. Wie damals die Darbietungen des Theaters auf Empfindungen und Vorstellungen sich gründeten, die der überwiegenden Mehrzahl seiner Zuschauer gemeinsam und stets gegenwärtig waren, auf religiöse Bewußtseinsinhalte und mythologische Vorgänge einerseits, auf ein Gefühl für tragisches Verhängnis und ein reges Interesse für nationale Probleme andererseits, so stützt sich das Kino mit seinem Flimmerputz auf elementare Reaktionen der Mehrheit des zeitgenössischen Publikums: auf Unterhaltungsbedürfnis, Neugierigkeit, Alltagsheit und Sentimentalität. Und summa der Genuß des Films der am wenigsten anstrengende ist von allen Genußen, da er dem Zuschauer gibt, was das Buch, auch das schlechteste, vom Leser verlangt, nämlich Phantasie, ist der Massenanspruch, dessen das Kino in immer noch steigendem Maße sich zu erfreuen hat, nicht zu verwundern.

Hieraus ergibt sich aber auch ohne weiteres, daß das Kino, von seinem technischen Darstellungsreichtum abgesehen, in beschränkter Möglichkeit der Einwirkung auf die Masse bietet. Der Film an sich ist geeignet, einen erlebischen, mindestens einen bildenden Einfluß auszuüben. Er kann nicht nur die Einbildungskraft an die prinzipielle Schönheit des Bildes gewöhnen, nicht nur kulturhistorisch aufklären, sondern auch durch logische Verknüpfung und moralische Gefinnung den Geist der Zuschauer in eine wünschenswerte Richtung drängen. Vor dem Kriege hat es schon eine ganze

Reihe vorzüglicher Filmwerke gegeben; es sei an die mangellosen Ingenieurgenien Reinhardts erinnert, an Wagener, an Ufa-Nielsen, deren Persönlichkeit auch dem harmlosesten Gartenlaubeträger noch ein künstlerisch bedeutendes Gepräge zu verleihen weiß, an die italienischen Standardfilme und die amerikanischen Grotesken. Es ging damals erschütternd bergauf mit der ästhetischen und damit auch mit der pädagogischen Wertbarkeit der Kinoproduktion.

Der Krieg hat dieses hoffnungsvolle Niveau vernichtet, nicht zuletzt auch durch die Ausschaltung des ausländischen Marktes. Infolgedessen befindet sich das Niveau auf einer tieferen Stufe als in den Anfangen. Mit Vorliebe gehen Autor und Regisseur darauf aus, die brutalste Sinnlichkeit aufzustacheln, und das gelingt ihnen um so leichter, als sie sich mit ertregenden Andeutungen begnügen, die schimmernd wirken, als nackte Schaustellung es vermöchte. Und sie machen sich bequem in der Erkenntnis, daß die Kritiklosigkeit der Masse sich genug ist, um jeden Schmutz, jeden Unsinn, jede Unvernunft mit stoischer Geduld zu ertragen. Dürftig ist die Erfindung dieser Stücke, unlogisch ihre Durchführung, jammervoll das Deutsch der begleitenden Texte, wohlfeil bis zur völligen Geschmackswidrigkeit die Auswahl schillernder Details. Immer wieder enttäuschen auch die so pompös angekündigten Monstreteiler durch den Mangel an Sorgfalt, an Intelligenz, ja selbst an einem Mittelmaß allgemeiner Bildung; überall greift die schamloseste Spekulation, verbunden mit einem erschrecklichen Tiefstand des Wissens und Könnens, durch elendes Fälschwerk den Kundigen an.

Und was ließe nicht sich schaffen auf diesem Gebiet wähliger unbegrenzter Möglichkeiten, welche Wirkungen wären zu erzielen, und wie leicht ließe sich das Kino als ein Instrument nationalen Wiederaufbaus verwenden. Denn wenn auch die Masse das Schlechte widerstandslos über sich ergehen läßt, so ist damit noch nicht erwiesen, daß sie es will. Sie kann nur nicht aus sich heraus die Vorstellung des Besseren bilden, dies muß ihr gezeigt werden, und wer schätzt das Volk so gering, daß er behaupten möchte, die Anschauung des Unterschiedes zwischen Gut und Schlecht würde das Volk veranlassen, das Schlechte zu wählen? Vor dem Kriege hat es immerhin einiges Verständnis für das Gute des Films gezeigt. Und wie sehr auch immer die schlechten Instinkte durch Krieg und Revolution befeuert sind mögen, — die ins Kino gehen, sind es nicht, die sich ihnen verschrieben haben; die bringen ihre Zeit anderweitig zu.

Nach alledem erscheint es als eine Pflicht der staatlichen Autorität, die endlich auch den geistig Schaffenden verantwortliche Wirkungskreise geöffnet hat, einzuschreiten und eine Kulturaufgabe zu lösen, deren Unterlassung sich grauenvoll an den Büchse des Volkes rächen würde. Es müßte wenigstens im Kultusministerium eine Zentrale geschaffen werden, in der Sachverständige, Volkswerte, Künstler, Publizisten eine höhere Art von Zensur ausüben, als die Polizei instance ist. Das Biotum dieser Zentrale müßte dann für die Filmmagazine wie für die Behörden maßgebend sein.

Was im Gemüt des Menschen durch Beschäftigung seiner Einbildungskraft und seiner elementaren Empfindungen eine wohltätige Wirkung ausübt, heißt Kunst. In diesem Sinne werden dem Film — auf der Stufe einer sehr hohen ästhetischen und moralischen Vollkommenheit, von welcher er freilich entfernt ist als je zuvor — gewisse, sonst nur dem Kunstwerk eigentümliche Qualitäten nicht abgesprochen werden können. Gegenwärtig befindet er sich auf der Stufe vollkommener Kitsches. Es ist, wie gesagt, Sache der staatlichen Autorität, hier Wandel zu schaffen und die Filmproduktion auf einen Weg zu bringen, der vom Kitsch hinweg und immerhin in einer gewissen Richtung zur Kunst sich bewegt.

Büchertisch.

Vom Taschenkalender für Kleingartenbau, einem Heben und zuverlässigen Ratgeber und Freund des Gartenbesizers, ist soeben die Ausgabe für 1920 erschienen (Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe, Preis 8 M.).

Es ist zu begrüßen, daß sich der Kalender sehr eingehend mit dem Gemüsebau beschäftigt; dieser wichtigsten und ertragreichsten Kultur des Kleingärtners, die aber leider immer nicht die Erträge spürt, die sie eigentlich bei sorgfältiger Beachtung der hier gegebenen Anweisungen bringen sollte. Bearbeitung des Bodens, Gestaltung des Gartens, Aussaat, Pflege, Ernte und Aufbewahrung der Gartenfrüchte, Bekämpfung der Schädlinge usw. werden eingehend besprochen. Der Kleingärtner sollte die kleine Ausgabe nicht scheuen und diesen Kalender zu jeder Gartenarbeit bei sich führen. Rechtzeitig vorgegeben erspart Ärger und Kosten.

eingereichten förmlichen Anfragen über die Regelung der bad. Obsterlegung, ferner die Beratung über den Zentrumsantrag betr. die Weinhöchstpreise und des weiteren die Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abg. Heinrich (Zentr.) und Gen. betr. den Schutz der jugendlichen Arbeiter und der Abg. Hahn (Soz.) und Gen. betr. die Mißstände im Lehrlingswesen. — Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung hält am nächsten Dienstag eine Sitzung ab und wird sich dabei mit dem Gesetzentwurf betr. die Vereinnahmung der Gemeinde Wiblingen mit der Stadtgemeinde Heidelberg befassen. — Gestern vormittag war die demokratische Landtagsfraktion hier versammelt.

Keine allgemeine Amnestie.

Ein Münchner Blatt hat kürzlich die Mitteilung gebracht, daß anlässlich des Jahrestags der deutschen Revolution eine allgemeine Amnestie in Aussicht genommen sei. Nach eingezogenen Erkundigungen bei den maßgebenden Stellen ist diese Meldung völlig unrichtig. Es wird weder im Reich, noch in Baden an eine neuerliche allgemeine Amnestie gedacht; auch für Baden nicht.

Der Kohlenbergbau in Baden.

oc. Die Frage der Wiederinbetriebnahme alter badischer Kohlenbergwerke ist in der letzten Zeit im Hinblick auf die Kohlennot mehrfach erörtert worden. Bisher ist man nur zu einem negativen Ergebnis gekommen. In einem Artikel der hiesigen Zeitung wird nun untersucht, ob die Wiederaufnahme des alten Steinkohlenbergbaues bei Diersburg-Vergahaupten für unsere Industrie von Nutzen sein könne. Zu dem Artikel wird ausgeführt, daß die bergbaulichen Verhältnisse bei Diersburg-Vergahaupten äußerst ungünstig liegen, die Kohlenföhrer durch den gewaltigen Gebirgsdruck vielfach verdrückt und verstaubt, öfters auch noch verworfen und in lauter einzelne kleinere Partien verteilt sind. Die Kohlenföhrer vor allem nicht zur Lokomotivheizung verwandt werden. Die Jahresproduktion sei auf höchstens 12 000 Tonnen zu veranschlagen. Hierzu kommt noch, daß die alten Grubenbaue zum Teil „verföhren“ sind; jedenfalls würden 10 bis 12 Monate vergehen, ehe eine nennenswerte Kohlenförderung möglich wäre. Die Selbstkosten der Kohle würden sich schätzungsweise auf 140 bis 150 M. per Tonne stellen. Die Frage der „direkten“ Rentabilität des Kohlenbergbaues Diersburg-Vergahaupten sei somit zu verneinen, dagegen könne eine „indirekte“ Rentabilität in Frage kommen, und zwar für die zahlreichen industriellen Bergbetriebe in der nächsten Umgebung des Kohlenbergbaues, die jetzt ganz oder teilweise stillliegen. Die Unternehmer würden immerhin, wenn ihnen Kohle zur Verfügung stünde, mehr Waren herstellen können. Auch eine größere Anzahl Arbeiter würden Beschäftigung finden.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

Dem „Oberbadischen Grenzboten“ wird vom Lande geschrieben: „Alles scheint sich von der Zwangswirtschaft befreit zu werden.“ Wir selber wäre es recht, wenn ich davon befreit wäre. Wenn man aber die Folgen sieht bei den Artikeln, die frei gegeben sind, so muß man sagen, die Zwangswirtschaft noch mehr einföhren. Daß wir Landwirte den größten Grund hätten, von der Zwangswirtschaft befreit zu werden, ist richtig. Aber wir stehen jetzt vor einer Zeit, wo wir Landwirte noch einmal mit einem guten Beispiel vorangehen sollen, abgeben so viel in unseren Kräfte, um unsere Mitmenschen ernähren zu können, nicht um Wucherpreise, sondern, daß es recht ist für uns, und für die es kaufen müssen. Wir hoffen aber auch von euch Städtlern, daß ihr auch mit einem anderen Beispiel als bisher vorangeht, daß ihr wollt, daß die Bedarfsartikel, die der Landwirt braucht, nicht immer noch höher im Preise werden. Es tut auch, wenn ihr Kaufleute nicht gerade 100 Prozent verdient, es tut auch weniger. Ihr Handwerker und Arbeiter müßt die Löhne nicht noch höher schrauben, sondern arbeiten Hand in Hand, daß alles leben und zufrieden sein kann. Dann werden wir den Winter wohl durchbringen. Dem Schiebertum Einhalt zu machen, wäre ganz einfach, trotzdem es der Polizei und dem Gericht bis jetzt noch nicht gelungen ist, die Schieber u. Wucherer zu vertreiben. Das einzige Mittel wäre, ihr Landwirte, den Schieber und Wucherer zu vertreiben, wenn ihr alle Mann für Mann befehlen würdet, eure übrigen Lebensmittel alle dahin zu tun, wozu sie gehören, zur Verteilungsstelle. Dürft ruhig befehlen, was ihr für euch braucht, braucht nicht zu hungern, aber keinem Schleichhändler mehr was geben. Dann wird das Schiebertum bald beseitigt sein, ohne Polizei und Staatsanwalt. Die Verteilungsstelle sollte aber ihre Pflicht auch tun, verteilen nach Recht und Gewissen, wozu es gehört, dann werden wohl alle zu essen bekommen. Es schadet auch nichts, wenn der große Geldsack auch mal nicht bekommt, was er will. Er kann sich auch mit weniger begnügen. Im Heuberger Volksblatt Nr. 117 war in einem Artikel aus dem Bezirk Aberglingen zu lesen, daß der Bauer dort gegenwärtig Obst, Kartoffeln, Fleisoh und Butter habe, daß es ihm doch langem sollte. Denn der Nichtlandwirt bekomme nur 7,5 Kilogramm. Das ist richtig, daß das Mehl in jetziger Zeit reicht; wenn der Landwirt auch das Mehl bekommt von dem vorgezeichneten Brotgetreide, das er bekommen sollte, dann weiß ich, daß es gut reicht. Daß es wirklich eine Schmach ist, wenn noch Mehl in das Ausland wandert, und wir im eigenen Lande hungern müssen! Gerade deshalb ihr Landwirte sollt ihr euch zusammenschließen um diesem Elend, dem Schieber- und Wuchertum ein Ende zu machen. Liebe Leidensgenossen! Wenn es noch länger so fort geht, so werden wir uns das Grab noch selber graben. Was nützen uns die vielen fünfzig- und Hundertmarktscheine, wenn es einen Zusammenbruch gibt, so können wir mit diesem Papier die Hände tapezieren, und dann hat der Landwirt den größten Nachteil. Darum Landwirte, tut eure Pflicht, so gut es in euren Kräften steht.

Das sollte in der jetzigen Zeit nicht mehr vorkommen, daß noch Kälber über 6 Monate, daß sage über 6 Monate, nicht über 6 Wochen, die Milch von der Kuh weg saufen. Demjenigen, der dieses noch macht in der jetzigen Zeit, dem gehört die Kuh mit samt dem Kalb aus dem Stall gestohlen, wo so viele Kinder am Hunger sterben. Daß auch noch Brotgetreide verfußt wird, ist gerade so schmachvoll, wo so viele Menschen heinahe kein Brot haben, oder was für eines. Diese Schuld kann man aber dem Landwirt nicht allein zuschieben, denn wenn man jetzt hört, was für den Hafer bezahlt wird, 120 bis 140 M. für 100 Kg., so muß sich der Landwirt verhalten lassen, denn bei dieser Futtermittelknappheit sollte das Vieh auch was haben. Wäre der Hafer beschlagnahmt geblieben, viellecht ein Preis bezahlt, den Zentner zu 30 M., so wäre noch mancher Zentner für die Kühe verfußt worden, dann wäre auch noch der Wüchertag gesteigert worden, dann hätte mancher Landwirt noch Hafer gekauft und hätte sein Brotgetreide alle abgeliefert, was er entnehmen kann. Was ich für einen großen Fehler ansehe ist, daß sich die Landwirte, Handwerker, Arbeiter, Gewerbetreibende, Klein- und Mittelbeamte

nicht besser zusammenschließen und sich vereinnahmen, halt sich immer noch mehr verärgern aneinander. Denn wir alle müssen das am meisten darunter leiden. Dem großen Geldsack kann es gleich sein was es kostet. Er kann bezahlen, deshalb glaube ich, daß es notwendig wäre, daß sich die sechs zusammenschließen würden, Hand in Hand arbeiten, um endlich aus diesem Elend herauszukommen. Ein Landwirt.“

Eisenbahnunglück auf der Schwarzwaldbahn.

* In der Nacht vom 12./13. November nach 1 Uhr hat der Güterzug 7746 von Hausach nach Offenburg in Ortenberg das Halt zeigende Einfahrtsignal überfahren und ist auf den Schluß des in der Station haltenden Güterzuges 7721 aufgefahren. Hierbei wurde der Lokomotivführer des Zuges 7746 getötet, der Lokomotivführer und der Zugweiser kamen mit leichten Verletzungen davon. Bei dem Aufstoß wurden ungefähr 25 Wagen entgleist und hoben sich zum Teil über die Gleise gelegt, so daß beide Hauptgleise gesperrt sind. Der zugelassene Personenverkehr wird durch Umleitungen aufrecht erhalten. Dringende Ladungen werden über Schiltach-Forstheim umgeleitet. Voraussichtlich wird am Freitag den 14. November der durchgehende Verkehr wieder aufgenommen werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Automobilverkehr. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist in Baden der Verkehr mit Kraftfahrzeugen an Sonn- und Feiertagen sowie zur Nachtzeit auf weiteres verboten. Diese Mitteilung dürfte auch bei uns interessieren.

* Bund deutscher Föderalisten. Als Kampforganisation zum Schutz gegen die Vereinnahmung Deutschlands nach dem Muster Paris-Frankreich hat sich, nach einer Wählermeldung, in München ein Deutscher Bund gebildet als Volksaufklärungsbund deutscher Föderalisten für ein einiges, freies Deutschland mit Anschluß der Deutsch-Österreicher an das Reich. Er umfaßt Landesorganisationen in ganz Bayern, Baden, Württemberg, Österreich, Vorarlberg, Tirol, Thüringen und Niederösterreich.

BC. Mannheim, 13. Nov. Der in der Rheinschiffahrt drohende Streik ist verhindert worden.

BC. Rastatt, 12. Nov. Der Offenheimer Exerzierplatz ist für die Gemeinden Offenheim und Sandweiler zur landwirtschaftlichen Nutzung freigegeben worden. Es werden zunächst Pachtverträge auf die Dauer von einem Jahre abgeschlossen. Die Urbarmachung des Geländes soll mit Hilfe von Dampfplügen erfolgen.

oc. Weisenbach (Murgtal), 13. Nov. Wegen Kohlenmangel stehen sämtliche bad. und württembergische Papierfabriken still. Unter ihnen auch die große Weisenbacher Papierfabrik, die für die Belieferung der bad. Zeitungen hauptsächlich in Frage kommt.

oc. Achern, 13. Nov. Infolge Kuppelbruch rissen sich in Oberachern neun Wagen der Achertalbahn los und fuhrten in rasender Geschwindigkeit über das abfallende Gelände in den Achener Bahnhof ein. Zwei Wagen stürzten dabei über die Böschung in die Acher und rissen einen Hauptmast der elektrischen Leitung um, so daß die Stadt Achern eine Stunde lang in völliges Dunkel gehüllt war.

oc. Offenburg, 13. Nov. Zur Schaffung eines großen Industriegebietes hat der Stadtrat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, die einen Geländeerwerb in Höhe von 400 000 M. vorsieht. Für Anschlußgleise u. s. w. soll ein Betrag von einer dreier Million Mark aufgewendet werden. Das Obersteineische Kammergut und Habelwerth hat bereits ein Gelände von 40 000 Quadratmeter angemietet.

BC. Offenburg, 13. Nov. In den letzten Wochen sind abermals zahlreiche elässliche Glühbirnen hier eingetroffen. Aber einstimmend wird von ihnen erzählt, daß die Stimmung unter der elässlichen Bevölkerung gegenüber den Franzosen sich Tag für Tag verschlimmert. Die Franzosen hätten durch ihre Auftritte alle Sympathien der Elässler verlohren. Die alt-eingesessenen Elässler seien diejenigen, die jetzt am meisten die Franzosen und Meß sind in den letzten Tagen eine Anzahl Franzosen von ihren bisherigen Beamtenposten entfernt und durch Elässler ersetzt worden. Die französischen Soldaten wurden angewiesen, sich bei antisozialistischen Kundgebungen möglichst zurückhaltend zu zeigen.

oc. Freiburg, 14. Nov. Nach der „Freib. Tagesp.“ ist in dem Befinden des erkrankten Erzbischofs Dr. Kärber eine wesentliche Besserung eingetreten.

BC. Konstanz, 12. Nov. Der Uhrenschmuggel steht zur Zeit in Blüte. So wurde eine Frau aus Düsselhof festgenommen, die 139 goldene und silberne Taschenuhren auf gekauft hatte, von denen ein Teil geschmuggelt war. Ein Bahnarbeiter wurde verhaftet, der Taschenuhren im Werte von 14 000 M. über die Grenze geschmuggelt und weiterverkauft hatte.

Badische Zeitungsstimmen.

„Die Krise in der badischen Demokratie“

Beipricht der „Volksfreund“ in folgenden Ausführungen: „Die Zeit scheint gekommen, in welcher sich in dieser von so vielen betrogenen Elementen durchsetzten Partei die Geister scheiden, scheiden müssen! Die Trennung wird sich vollziehen unter dem Rufe: Die Demokratie, die Reaktion! Ein Teil der heutigen Demokraten Badens, die früheren Reichsnationalliberalen, ist reif zur Aufnahme in die deutsch-nationale Partei; der andere, hoffentlich der größere Teil, muß sich für die wahre, die wirkliche Demokratie entscheiden. Mit den politischen Rezepten der König und Goehring, daß man soziale Forderungen der Staatsangehörigen glattweg ablehnen müsse, daß — nach Königs Belanntnis in seinem Abschiedsbrief — die Zeit der Nachgiebigkeit vorüber und die Zeit der Ablehnung gekommen sei, kann man einen kranken Staat, wie das gegenwärtige Deutschland, nicht heilen. Die badischen Demokraten müssen sozial werden, soweit sie es nicht sind. Es ist nicht angängig, daß wirtschaftliche Forderungen, wie es die der Staatsangehörigen auf Bewilligung einer Beschäftigungszulage waren, jedesmal eine politische Krise bei den Demokraten heraufbeschwören. Darunter leiden die vielen und schweren Aufgaben, welche die derzeitige Koalitionsregierung auch in Baden zu erfüllen hat. Also Scheidung der Geister, die nach rechts neigen, und Kräftigung der wirklichen Demokratie in den demokratischen Kreisen Badens — das scheint uns die notwendige Lehre aus dieser Krise der einmalig stärksten Partei unserer engeren Heimatlandes zu sein. Die Sozialdemokratie steht dieser Krise nicht mit schließl verheißener Schadenfreude gegenüber; sie hat aus vielerlei Ursachen heraus gar kein Interesse an einer tatsächlichen Schwächung der bürgerlichen Demokratie Badens. Um so lauter darf sie daher Anspruch erheben, daß ihr Ruf nach voller Klärung im demokratischen Lager und Aufschaltung der reaktionären Elemente nicht ungehört verhallt.“

Der Proporz und die badische Volksvertretung.

Die „Tribüne“, das Mannheimer Organ der Unabhängigen, schreibt folgendes:

„Ende Oktober leitartikelte der „Bad. Beobachter“ recht sachlich über das badische Landesparlament mit der Überschrift „Unerfreuliche Früchte des Proporz“. Er betrachtet sich das Niveau der im Modell zusammengepackter politischer Köpfe aller Parteien, um die Möglichkeit zu erkennen, daß es sich gegen vorher nicht gegeben hat. Und seit seinem dreiwerteljährigen Bestehen ist das badische Proporz-Parlament zu einem Taubenstall geworden. Galt die Mandatsniederlegung im gleichen Maße an, so wird am Ende der heutigen Legislaturperiode kein Drittel der zu Anfang eingebrachten Volksvertreter auf den Plätzen sitzen. Die sozialdemokratische Fraktion hat ein Siebel ihrer Tauben ausflattern lassen, von den Demokraten sind sechs Männer ausgerissen, d. h. nahezu 25 Prozent. Die vom Zentrum und vom konservativen Deutschtum sind nicht so vom Wechselfieber ergriffen worden. Das führende badische Zentrumsblatt macht der abgetakelten Demokratie den Vorwurf, daß für Herrn Martin Beneden, der früher „unter allen Demokraten immer am rückhaltlosesten“ (1) für die republikanische Staatsform eingetreten ist, sich in der neuen demokratischen Republik kein Stuhl fand.“ Und nun bemerkt der „Bad. Beobachter“ abfällig zum Proporz:

„Die Frage der Nachfolge regelt sich nach dem Proporz formell sehr einfach. Ob aber die Qualitätsfrage sich ebenso erledigen, möchten wir bezweifeln; denn die Sorgfältigkeit bei Aufstellung der Kandidatenlisten pflegt dort abzunehmen, wo die Sicherheit des Durchkommens aufhört. Diese Erfahrungstatsache rückt den reichen Wechsel abermals in ein neues, aber nicht vorteilhaftes Licht.“

Der Proporz ist nun aber da. Man kann nicht jeden Tag mit dem Wahlsystem wechseln. Es wird schon in jeder der Parteizirkeln sein, die Schäden des Systems auf ein Minimum herabzudrücken. Das Wählerpublikum muß dazu erzogen werden, möglichst hochbefähigte Kandidaten, die man an jede Arbeit stellen kann, an die sicheren Stellen zu setzen. Ebenso wird es von Kandidaten absehen müssen, die neben ihrer Tüchtigkeit nicht auch Gewähr bieten, daß sie gewillt sind, auf längere Jahre die Strapazen, die nun einmal mit jeder pflichterfüllten Mandatsausübung verbunden sind, auf sich nehmen.“

Der „Bad. Beobachter“ ist vielleicht mit uns einverstanden, wenn wir einem Proporz den Vorzug geben, der die Verteilung der Mandate nicht auch personell, sondern nur dem Verhältnis der Parteistärke entsprechend in die Entscheidung des allgemeinen Wahlganges legt. Das heißt: es müßte der Stimmzettel nicht ein Verzeichnis von allerhand Kandidaten sein, deren Gruppierung lediglich nach wahltechnischen Gründen geschieht, sondern ein Wahlprogramm von ausgesprochener Parteigrundsätzlichkeit, für welches der Wahlberechtigte sich zu entscheiden hat. Die Ernennung der einzelnen Volksvertreter gemäß dem verhältnismäßigen Anteil der Liste bleibt dann den beteiligten Parteien überlassen . . .“

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. Auf vielseitiges Verlangen wird am Sonntag, den 16. d. M. vormittags 11 Uhr Beethovens Neunte Symphonie wiederholt.

Caroline Reget f. In München ist die in Karlsruhe wohlbekannte Schauspielerin, die ehemalige Heroine der Hofbühne, Caroline Reget, gestorben. Die 1866 in Mainz geborene Künstlerin kam im Jahre 1882 nach Karlsruhe und wirkte zwei Jahrzehnte hindurch mit großem künstlerischem Erfolg an unserer Bühne. Ihr Gatte war der Karlsruher Kunstmaler Hermann Reget, mit dem sie 1904 nach München übersiedelte.

Na. Zur Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Brennholz wird uns vom städtischen Nachrichtenamt mitgeteilt, daß seitens der Stadtverwaltung unter Mitwirkung des ortseinsässigen Brennholzhandels das denkbare Mögliche geschieht, um die nötige Menge Brennholz zur Versorgung der hiesigen Bevölkerung aufzubringen. Zur Zeit werden 15 000 Ster im Hartwald aufbereitet, von denen die Hälfte zu verbilligtem Preise an Kinderbewilligte (nach den vom städtischen Fürsorgeamt bestimmten Grundätzen) v. d. Stadtgemeinde selbst abgegeben wird, während die andere Hälfte an die Vereinigung des Karlsruher Brennholzhandels geht zur Versorgung der übrigen Teile der Bevölkerung. Weitere 15 000 Ster sollen im Anschluß daran geschlagen werden, sodas anzunehmen ist, daß der dringende Bedarf an Brennholz aus dem Hartwald gedeckt werden kann. Die tägliche Aufbereitung beträgt z. B. zirka 200 Ster und soll noch weiter vergrößert werden. Die Herbeischaffung des begehrten Hartholzes stößt wegen der Verkehrsnot auf größere Schwierigkeiten, doch werden keine Anstrengungen gescheut, um auch so viel als möglich an Hartholz, zum kleineren Teil aus dem Altal, zum größeren Teil aus dem badischen Oberland, heranzuschaffen. Die auf die einzelnen Haushaltungen entfallende Höchstmenge ist vorläufig auf 10 Zentner festgesetzt, doch ist zu erwarten, daß nach Weihnachten nochmals zirka 10 Zentner ausgeteilt werden können. Außerbadisches Holz ist in beschränktem Umfang mit Genehmigung der Landesbrennholzstelle zum Preise von 14.20 M. für den Zentner unrationiert im freien Handel zu haben.

Die Volkshochschulkurse werden fortgesetzt, doch müssen sie wegen der Beleuchtungschwierigkeiten in der Zeit vorberlegt werden. Die Kurse Ehrhardt, Goepfner, Kried, Meß sind beendet.

o. Zwei Fleisohstieher festgenommen. Einem Beamten des Landespreisanntes gelang es am Mittwoch, zwei Fleisohstieher zu verhaften, die gegen vier Zentner frischgeschlachtetes Rindfleisch unerlaubter Weise in den Verkehr bringen wollten; Bernhard Seckinger und Anton Bausbad in Karlsruhe; beide befinden sich in Haft. Weiterhin gelang es, ungefähr 60 Pfd. Rindfleisch zu beschlagnahmen, wozu der Täter noch nicht ermittelt ist.

Verchiedenes.

BC. Eine Mozart-Neubearbeitung. Im Mannheimer Nationaltheater ist dieser Tage Mozarts Oper „Titus“ in der Textlich und dramaturgisch durchgeführten Neubearbeitung von Anton Rudolph in Karlsruhe mit großem Erfolge zum ersten Male aufgeführt worden. Die Wiedergabe wurde musikalisch von dem Kapellmeister Felix Leber geleitet. Die Ausführung hatte einen vollen Erfolg. Rudolphs Bearbeitungsbegehung ist es gelungen, ein gutes Textbuch zu schaffen und die handelnden Personen als Charaktere zu zeichnen. Daraus ergab sich eine steigende Anteilnahme des ganzen Hauses an der Handlung.

* Erlebigung des Falls Stahl. Der Streit zwischen dem Theaterkritiker der „N. Bad. Landesztg.“ Dr. Stahl und dem Ortsverein Mannheim der Deutschen Bühnengenossenschaft ist beigelegt worden.

Ämtliche Bekanntmachungen.

**Die Ersparnis von Brenn-
stoffen und Beleuchtungsmitteln
beiz.**

Wir bringen nachstehend den § 7 der Verordnung
hinsichtlich des § 7 der Verordnung vom 18. Oktober 1919 zur öffentlichen
Kenntnis. Die Vorschriften, auf die im ersten Satz
des § 7 Bezug genommen wird, betreffen die offenen
Verkaufsstellen, bezüglich derer die Neuregelung be-
reits in Kraft ist. Der § 7 wird auf besondere Anord-
nung des Arbeitsministeriums mit dem 17. November
1919 in Kraft treten.

§ 7.

Die durch die vorstehenden Vorschriften nicht betrof-
fenen gewerblichen Betriebe jeder Art und die nicht
behördlichen Büros dürfen von 5 Uhr abends bis 8 Uhr
morgens Arbeiter und Angestellte nicht beschäftigen.
Diese Vorschrift gilt nicht:

- a) für Bäckereien und Konditoreien, Bodeanstalten,
Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Friseur-
und Barbiergeschäfte und Verkehrsanstalten,
- b) bei Betrieben mit Schichtarbeiten für die im
Schichtwechsel beschäftigten Personen,
- c) für Arbeiten, welche in Notfällen oder im öffent-
lichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden
müssen,
- d) für die Bewachung von Betriebsanlagen, für Ar-
beiten zur Reinigung u. Instandhaltung, durch
welche der regelmäßige Fortgang des eigenen
oder eines fremden Betriebs bedingt ist, sowie
für Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme des
vollen täglichen Betriebs abhängig ist, sofern
nicht diese Arbeiten innerhalb der nach Absatz 1
zulässigen Schichtzeit vorgenommen werden kön-
nen,
- e) für Arbeiten, welche zur Verhütung des Verder-
bens von Rohstoffen oder des Mischens von
Arbeitszeugnissen erforderlich sind, sofern nicht
diese Arbeiten innerhalb der nach Absatz 1 zu-
lässigen Schichtzeit vorgenommen werden können,
- f) für Verpflegung des Betriebs, soweit er ge-
mäß Buchstabe a bis e stattfindet.

Zu Zeiten, in denen gemäß diesen Bestimmungen
die Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten ver-
boten ist, dürfen Elektro- und Gasmotoren nicht benützt
werden.

§ 2 Absatz 1 und 2 dieser Verordnung findet auch
auf die unter die vorstehenden Bestimmungen fallenden
Betriebe Anwendung.

Ausnahmen, von den Vorschriften dieses Paragra-
phen können in dringenden Fällen vom Gewerbeauf-
sichtsamt bewilligt werden.

Gewerbliche Betriebe im Sinne dieser Vorschriften
sind auch die nicht zur Erzielung von Gewinn unter-
haltenen Betriebe des Staates, der Gemeinden und
öffentlichen Verbände.

Karlsruhe, den 11. November 1919. O.-S. 301
Bezirksamt — Polizeidirektion —

Fundfachen betr.

Am Monat Oktober 1919 wurden folgende Gegen-
stände auf dem Fundbüro abgeliefert:

- 1 Brosche, 1 goldene Brille, 1 Halskettchen, 1 golde-
ne Zwicker, 1 Brosche, 1 Damenuhr, 1 Ring, 1 Arm-
schuhr, 1 Handschuh, 1 Schild für Autonommer Nr.
B 02612, 1 Hundsfad, 1 Kinderkürchen, 1 Schlüssel-
bund, 1 Briefmappe mit Geldbörse, 1 Hüpfelmütze, 1
Fußball, 1 Stod, 1 Seidenband, 1 Tuchtäschchen, 2
Schlüssel, 1 Stüd Fahnenstoff, 1 schwarze Ledermappe,
1 Jäckchen, 1 kath. Gebetbuch, 1 Stoffhandtasche, 1 Pa-
pierstoffhandtasche, 1 Messing Schlüssel, 1 Kindermütze, 1
Schülermütze blau mit Überzug, 1 Stüd Tragband,
1 Haarspider, 1 Schlüsselbund, 1 weißer Kinderkragen,
1 Damenhandschuh, 1 Gürtel, 1 Hundeleine, 1 Hand-
täschchen, 1 Bierzettel mit Anhänger, 1 Bachstuch-
mappchen, 1 Taschmesser, 1 Herrenschirm, 1 Wan-
derschein auf August Graf, 1 Stoffhandtasche mit
Lebensmittelmartel, 1 Ledermappe mit Inhalt, 1 Täsch-
chen mit größerem Geldbeutel, 1 Fahrrad ohne
Gummi, 1 Statif, mehrere Geldbeutel mit und ohne
Inhalt, Bargeld 2 M., 50 M., 4 M., 20 M., 1 M.,
1 Briefmappe mit Geldbetrag sowie mehrere im Wa-
renhaus Tisch aufgefundenen Gegenstände.

Die Gegenstände können von den Eigentümern oder
sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 21
des Bezirksamtsgebäudes (Eingang Hebelstraße) ab-
geholt werden.

Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig
melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand
nach Jahresfrist auf den Finder bzw. die Stadtge-
meinde über.

Karlsruhe, den 5. November 1919. O.-S. 295
Bezirksamt — Polizeidirektion —

Aufruf!

Am 25. Oktober ist zur Pflege der Überlieferungen
des Regiments und alter Kameradschaft der
**Berein der Offiziere und Beamten des
ehemaligen Bad. Infart.-Reg. Nr. 14**

mit dem Sitz in Freiburg i. Br. gegründet worden.
Alle ehemals dem Regiment angehörenden aktiven, in-
aktiven, Reserve-, Landw., Sanitäts- und Veterinär-
Offiziere und oberen Beamten, die dem Verein beitre-
ten wollen, werden um Angabe ihrer Adresse an den
Unterzeichneten gebeten.

Zur Erledigung weiterer Gründungsangelegenheiten
findet am Montag, den 1. Dezember, abends 7.30 Uhr,
im Rest. Kopf in Freiburg i. Br., eine Mitgliederver-
sammlung statt, zu der alle Kameraden dringend einge-
laden werden.

J. A.
gez.: Müller,
Hauptmann bei der Abw. Stelle Fußg. 14
Freiburg i. Br.

Badisches Landestheater

Samstag, den 15. November 1919

Rotkäppchen
nachmittags 2 1/2 Uhr
(60—2.50 Mk.)

Die 3 Zwillinge
abends 7 Uhr
(Kleine Preise)

Sonntag, 16., vorm. 11 Uhr: II. Volks-Sinfonie-
Konzert. IX. Sinfonie von Beethoven (60—5.—), nach-
mittags 2 1/2. Rotkäppchen (60—2.50), abends 6 1/2. Wig-
non (Erh. Pr.). Dienstag, 18. Wallensteins Tod (Mil-
telpr.), 6. Mittwoch, 19. Kavalleria rusticana. — Der
Bajazzo. (Große Pr.), 7. Freitag, 21. Uraufführung.
Die Rauensteiner Hochzeit. Oper in 3 Akten von Fer-
mann Wolfgang von Wallershausen. (Erh. Pr.), 7.
Samstag, 22. Volksvorstellung. Wallensteins Lager.
— Die Piccolomini. (Für das allgemeine Publikum
Mittel Pr.), 6 1/2. Sonntag, 23. Nachm. 2 1/2. Rot-
käppchen. (60—2.50), abends 6 1/2. Die Rauensteiner
Hochzeit. (Erh. Pr.) Montag, 24. Figaros Hochzeit.
(Große Pr.), 7.

Zu den Werktagvorstellungen gelten die Vorzugs-
karten. Vorrecht für die Vorzugskarten am Samstag,
den 15., Verkauf zum Staffelpreis von Montag, den
17. an.

Unsere
große Spezialität
Alasca-Füchse
Colliers + Kragen + Muffen
Eigener Herstellung

Damen-
Pelz-Mäntel
Vornehme klassische Formen
Besonders reiche Auswahl
Mäßige Preise
Maßanfertigung in eigener Werkstätte
Umarbeitungen nach jedem Modell

Echte Weiß-Füchse
Echte Blau-Füchse
Echte Silber-Füchse
Echte Kreuz-Füchse

Herren-
Pelz-Mäntel
Pelz-Sport-Paletots
Beste Maßanfertigung in kurzer Frist
Hierzu sehr großes Lager in
„Pelzfuttern“
aus frühzeitig günstigen Einkäufen.
Verlangen Sie unsern Mode-Katalog.
Kostenfreie Zusendung.

Großkürschneerei
Wilh. Zeumer
Kunstwerkstätte für Pelzbekleidung
Telephon 274. — Kaiserstr. 125/127.
Gegründet 1870.

Silberne und goldene Dosen usw.
Alle Porzellane, Gruppen, Figuren, Tassen
Schöne Bronze-Uhren und Sonnenuhren
Schmuck, Teppiche, Gobelins, Möbel, Bilder
Englische, deutsche und franz. Kupferstiche
sowie sonstige Allertümer jeder Art
kauft zu bekannt realen Preisen
Antiquar Sasse Kaiserstr. 232
Telephon 1154

**Einlösung von
Zins- u. Gewinnanteilscheinen**

Nach § 1 der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom
24. Oktober 1919 sind bei der Einlösung von Zins- und Gewinnanteil-
scheinen inländischer Wertpapiere durch Banken oder Bankhäuser
die ganzen Wertpapiere, oder Zins- oder Gewinnanteilscheine mit den
Erneuerungsscheinen bei einer Bankfirma zu hinterlegen.
Die unterzeichneten Bankfirmen erklären sich zur Annahme von
Wertpapierdepots auf Grund ihrer Geschäftsbedingungen bereit, bitten
jedoch mit Rücksicht darauf, daß die vorstehende Verordnung mit
dem 1. Dezember 1919 in Kraft tritt, um möglichst
frühzeitige Einreichung der Wertpapiere.

**Badische Bank
Veit L. Homburger
Mitteldeutsche Creditbank
Rheinische Creditbank
Straus & Co.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.**

Im Landestheater
Sonntag, 16. November, vormittags 11 Uhr
II. Volkssinfoniekonzert
des Opernorchesters des Bad. Landestheaters
Leiter: Fritz Cortolezis.
Neunte Sinfonie von Beethoven.

Solisten: Marie von Ernst, Marie Petz-Demmer, Max
Büttner, Carl Seydel, Singchor des Landestheaters,
Bachverein und eingeladene Damen und Herren.
Preise 60 Pfg. bis 5 Mk.

**Berühmte
Bekanntmachungen.**
Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Schönau
in Redargemünd verpachtet
am Montag, den 1.
Dezember d. J., mittags
2 Uhr, im Gasthaus zur
Weißen Rose in Redargemünd
nachgenannte Do-
manenjagden auf 6jährige
Pacht ab 1. Februar 1920
1. Jagdstrich I Adler-
stein bei Heiligkreuzstein-
ach auf Gemarkung Hei-
gelshausen-Wald und Un-
terhörschönmarientag mit zu-
sammen 821 Hektar Wald;
2. Jagdstrich II Wald-
eder Schloßwald bei Hei-
ligkreuzsteinach auf Ge-
markung Heigelshausen-
Wald und Altenbach mit
zusammen 167 Hektar
Wald und 22 Hektar Wie-
sen; O. 918
3. Jagdstrich III Bol-
tersberg bei Heiligkreuz-
steinach auf Gemarkung
Heigelshausen-Wald und
Borberheubach mit zusam-
men 140 Hektar Wald.
Die nähere Beschrei-
bung, die Bedingungen u.
Anschläge können bis zur
Zugfahrt beim Forstamt
sowie bei Forstwart Köst-
gen in Heiligkreuzsteinach ein-
gesehen werden; letzterer
und Forstwart Reinhard
dortselbst zeigen auch die
Jagdgränzen vor.

Für meine Leihanstalt
suche ich
Flügel und Pianos
zu kaufen
und erbitte Angebote.
Ludwig Schwesigut
Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

GELD
erh. solb. Leute jed. Stand-
ohne Bürgen von 100 bis
3000 Mark durch
Becker
Karlsruhe, Draisstr. 17
Kontenrückzahlung gestattet.
Sprechzeit täglich von
2—6 Uhr nachmittags.

**Ele-
gant. Coupé**
gut erhaltener Wagen,
Nägele Fabrikat, well
entbehrlich zu verkauf-
en. Anfragen erbeten
unter 5.189 an die
Expedition des Blattes.

Gut erhaltenes
Piano
oder
Flügel
aus Privatband zu
kaufen gesucht.
Angeb. unter G. 924
an die Expedition
der Karlsruher
Zeitung erbeten.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Aufgebot.
O. 902.21. Gernsbach.
Der Abwesenheitspfleger
Leo Wunsch von Wermers-
bach hat beantragt, die
verschollenen: a) Stefanie
Krämer, geb. am 21. De-

zember 1856 in Forbach,
b) Ida Krämer, geb. am
15. April 1851 in For-
bach, c) Michael Barth,
geb. am 28. September
1785 in Wermersbach, d)
dessen Ehefrau Regina,
geb. Roth, geb. ebenda am
2. April 1796, e) Karolina
Roth, geb. ebenda am 15.
Januar 1802, f) Lukas
Roth, geb. ebenda am 21.
Februar 1809, zuletzt
wohnhaft in Forbach und
Wermersbach, sind tot zu
erklären.

Die bezeichneten Ver-
schollenen werden aufge-
fordert, sich spätestens in
dem auf
Montag, 21. Juni 1920,
vormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten
Gericht anberaumen
Aufgebotsstermine zu mel-
den, widrigenfalls die To-
deserklärung erfolgen
wird.

In alle, welche Aus-
kunft über Leben oder
Tod der Verschollenen zu
erteilen vermögen, ersucht
die Aufforderung, späte-
stens im Aufgebotsstermi-
ne dem Gericht Anzeige
zu machen.
Gernsbach, 5. Nov. 1919.
Bad. Amtsgericht.

Katholischer Beigehilfe
21 Jahre alt, in allen
Zweigen der Gemeinde-
verwaltung ausgebildet,
kundig im Maschinena-
schreiben sucht sich zu ver-
bessern.
Geht. Offerten unter
O. 199 der Karlsruh. Ztg.

**Mitteldeutscher Süd-
westdeutscher
Verkehr.**
Am Tage der Betriebs-
eröffnung wird die Sta-
tion Braunschweig Nord-
ost der Braunschweig-
Schöninger Eisenbahn,
am 10. November d. J. die
Station Lübbow der Med-
lenburg-Schwetznischen
Landeseisenbahn in den
direkten Verkehr einbezogen.
Näheres in unserem
Tarifangezeiger.
Karlsruhe, 13. Nov. 1919.
Generaldirektion der
Staatsbahnen.

**Ostdeutscher Südwest-
deutscher Verkehr.**
Am 10. November d. J.
ab wird die Station Groß
Rohrborn in den direkten
Verkehr aufgenommen.
Näheres in unserem
Tarifangezeiger.
Karlsruhe, 13. Nov. 1919.
Generaldirektion der
Staatsbahnen.

O. 896. Offenburg. In
dem Konkursverfahren
über das Vermögen des
Kaufmanns Josef Sax in
Offenburg wird nach Ab-
haltung des Schlußter-
mins und Vollzug der
Schlußverteilung das Kon-
kursverfahren aufgehoben.
Offenburg, 10. Nov. 1919.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.